

XXIV. GP.-NR

7003 /J

26. Nov. 2010

ANFRAGE

des Abgeordneten Elmar Podgorschek
und weiterer Abgeordneter

an die Frau Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung

betreffend Wiener Universitätsbeauftragten Van der Bellen

Während die österreichischen kleinen und mittleren Unternehmen unter der von der derzeitigen rot-schwarzen Bundesregierung für 2011 geplanten Steuer- und Abgabenlast stöhnen, installiert die rot-grüne Landes- und Stadtregierung der Bundeshauptstadt Wien einen eigenen Universität- und Forschungsbeauftragten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung nachfolgende

Anfrage

1. Sind Sie als zuständige Bundesministerin über die Nominierung eines Universitäts- und Forschungsbeauftragten der Landes- und Stadtregierung der Bundeshauptstadt Wien informiert?
2. Welche Kosten werden dem Bund durch die Nominierung und Installierung eines Universitäts- und Forschungsbeauftragten der Landes- und Stadtregierung der Bundeshauptstadt Wien jährlich entstehen?
3. Aus welchen Mitteln werden diese Kosten abgedeckt?
4. In welcher Art und Weise wird der Dialog zwischen der Landes- und Stadtregierung der roten Stadt Wien und Dritten durch den Bund evaluiert?

